



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp, Wolfgang Fackler, Kerstin Schreyer, Ilse Aigner, Daniel Artmann, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Konrad Baur, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böttl, Robert Brannekämper, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Leo Dietz, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Petra Högl, Thomas Holz, Martin Andreas Huber, Thomas Huber, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzing, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Peter Wachler, Kristan Freiherr von Waldenfels, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU)

Verteidigungsfähigkeit stärken – transatlantische Verbundenheit bewahren: Lehren aus der Münchner Sicherheitskonferenz

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass sich folgende Konsequenzen aus der Münchner Sicherheitskonferenz ergeben: Deutschlands Wehrfähigkeit und die Stärke der NATO müssen konsequent ausgebaut werden. Die sicherheitspolitische Lage in Europa erfordert entschlossenes Handeln.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands nachhaltig zu stärken und die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern weiter auszubauen.

Dazu gehört:

- Verankerung eines Bundeswehrgesetzes nach bayerischem Vorbild in allen Ländern
- Stärkung der US-Stützpunkte in Deutschland
- Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf mindestens 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

Der Landtag betont: Deutschland braucht eine wehrhafte Demokratie und eine enge sicherheitspolitische Kooperation mit unseren Partnern. Bayern wird seinen Beitrag leisten, um die nationale und internationale Sicherheit zu gewährleisten.

Begründung:

Der Beginn des vollumfänglichen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 stellt einen Epochenbruch für Europa dar. Die russische Aggression zielt nicht nur auf die Zerstörung der Ukraine als unabhängigen und demokratischen Staat ab, sondern strebt als imperialistisches und revanchistisches Projekt eine ganzheitliche Revision der europäischen Sicherheits- und Staatenordnung an. In diesem Kontext ist eine integrierte Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik genauso von elementarer Bedeutung wie die Funktionsfähigkeit des transatlantischen Bündnisses. Die Ereignisse der vergangenen Woche unterstreichen jedoch, dass die Zusammenarbeit zwischen den USA und den europäischen Mitgliedstaaten der NATO gerade im Hinblick auf die Verteidigungsfähigkeit Europas vor neuen Herausforderungen steht. Die Rede von US-Vizepräsident J. D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz ist an dieser Stelle genauso zu nennen wie die Absage einer direkten Beteiligung der europäischen NATO-Staaten an den Verhandlungen zu einer Beendigung des Krieges in der Ukraine durch den US-Sonderbeauftragten Keith Kellogg. Zuvor hatte bereits US-Verteidigungsminister Pete Hegseth klargestellt, dass europäische Truppen eine mögliche Friedenslösung in der Ukraine ohne direkte US-Beteiligung absichern müssten, während in den letzten Wochen verstärkt über mögliche Truppenabzugspläne der neuen US-Regierung aus Europa berichtet wurde. In Anbetracht der aktuellen geopolitischen Situation, aber auch im Hinblick auf die historisch gewachsene, stets vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und dem Freistaat, sollte deshalb ein Erhalt der US-Streitkräftebasen in Deutschland und insbesondere auch in Grafenwöhr, Hohenfels, Garmisch-Patenkirchen und Vilseck als wichtige Voraussetzung für die Handlungs- und Leistungsfähigkeit der NATO in Deutschland und Europa sichergestellt werden. Außerdem sollte in allen Bundesländern ein Gesetz zur Förderung der Bundeswehr nach bayerischem Vorbild verabschiedet werden, um bundesweit bestehenden technologischen und infrastrukturellen Rückstand bei der Verteidigung aufzuholen. Hierdurch können der Zugang zu Spitzenforschung und die Bildung eines ausreichenden Personalkörpers für die Bundeswehr geschaffen werden. Zuletzt müssen auch die Verteidigungsausgaben auf mindestens 3 Prozent des BIP erhöht werden, um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und ihre Kapazität zur effektiven Bündnis- und Landesverteidigung gewährleisten zu können.